Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kraspik. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fernsprecher: Amt Aue Nr. 50.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 184. Dienstag, den 9. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Kurz nach 8 Uhr begann gestern die Tagung des obersten Rates unter dem Vorsitz Briands. Sämtliche Delegierte waren anwesend. Die belgische Delegation war nicht vertreten, da auf der Tagesordnung die oberschlesische Frage stand.

Die polnische Regierung hat am Mittwoch den alliierten Kabinetten mitteilen lassen, daß sie eine Entscheidung über Oberschlesien entgegen den polnischen Vorschlägen nicht anerkennen könne.

Es steht fest, daß die formelle Demission der tschechischen Regierung noch im Laufe dieser oder der nächsten Woche erfolgen wird. Der neue Ministerpräsident ist der Agrarier Swehla.

Der Papst richtete an den Kardinalstaatssekretär ein Schreiben, in dem er alle Christen und zivilisierten Völker auffordert, edelmütig der hungernden russischen Bevölkerung zu helfen.

Volksentscheid und Volksbegehren

Von Dr. R. Ißbrücker, Berlin.

In dem letzten Sitzungsabschnitt vor den Sommerferien hat der Reichstag eine bedeutsame Etappe in der Demokratisierung Deutschlands zurückgelegt mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Volksentscheid, das den in der Verfassung bereits ausgesprochenen Gedanken der unmittelbaren Gesetzgebung durch das Volk in die Praxis überführt. Damit hat sich zum ersten Mal ein großer Staat eine Einrichtung, die bisher nur in der kleinen Schweiz vorhanden war, zueigen gemacht und zum Ausdruck gebracht, daß auch in konkreten Gesetzgebungsfragen die Wählerschaft ihrem Repräsentanten, dem Reichstag, übergeordnet ist. Natürlich ist es schon technisch unmöglich, das direkte Gesetzgebungsrecht des Volkes in den Formen, die für das Parlament maßgebend sind, stattfinden zu lassen: es ist ausgeschlossen, über Abänderungsanträge bei einzelnen Paragraphen eines Gesetzes eine Abstimmung des ganzen Volkes herbeizuführen. Das ist aber auch nicht nötig: es kommt nur darauf an, daß die Wähler ihre Entscheidung über den Grundgedanken eines Gesetzes treffen. Daher bestimmt das neue Gesetz, daß dem Volksentscheid nur vollständig ausgearbeitete Gesetzentwürfe unterbreitet werden und daß die Abstimmenden mit einem glatten Ja oder Nein zu antworten haben. Die Befragung des Volkes geschieht hierbei nach der Weise der Reichstagswahlen. Der wesentliche Unterschied ist nur der, daß der Zettel nicht den Namen eines oder mehrerer Kandidaten, sondern nur das Wort Ja oder Nein aufweist. Bei Gleichheit der abgegebenen Stimmen gilt die Frage als verneint, bei Gleichheit der Stimmen für Bejahung zweier Fragen entscheidet das Los.

Der Volksentscheid vollzieht sich verhältnismäßig einfach, 1. wenn der Reichspräsident ein vom Reichstag vorgeschlagenes Gesetz beanstandet und deshalb den Volksentscheid darüber anordnet (was binnen einem Monat geschehen muß); 2. wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsrat und Reichstag über ein vom Reichstag vorgeschlagenes Gesetz den Volksentscheid darüber angeordnet hat; 3. wenn der Reichsrat mit einer vom Reichstag vorgeschlagenen Verfassungsänderung nicht einverstanden ist und darüber den Volksentscheid verlangt hat. In derselben Weise entscheidet das Volk auch dann, wenn der Reichstag mit zweidrittel Mehrheit die Absetzung des Reichspräsidenten beantragt. Nun bezieht sich der Volksentscheid aber nicht nur auf solche Fälle, in denen die Anordnung der Abstimmung von der Reichsregierung ausgeht, vielmehr hat das Volk auch das Recht, aus sich heraus die Initiative zur Gesetzgebung zu ergreifen und als oberste Instanz den Erlaß von Gesetzen in die Hand zu nehmen. Das Volk kann ferner auch unter Umständen über die Ablehnung eines bereits im Reichstage angenommenen Gesetzes bestimmen, nämlich unter der Voraussetzung, daß auf Verlangen eines Drittels des Reichstages die Verkündigung eines Gesetzes um zwei Monate ausgesetzt wird. In diesen Fällen sieht das Gesetz folgenden Geschäftsgang vor: Es haben zunächst mindestens 5000 Wähler bei dem Reichsminister des Innern das Volksbegehren zu beantragen und, wenn ihrem Antrag stattgegeben ist, auf ihre Kosten an alle Gemeinden, bei deren Angehörigen sie ein Interesse für diese Frage voraussetzen, Eintragungslisten zu versenden, die öffentlich ausgelegt werden. Trägt sich in diese Listen mindestens ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten, (z. B. also 1 500 000 Wähler) ein, so ist das Volksbegehren zustande gekommen, und es findet nunmehr (auf Kosten des Reiches) der Volksentscheid darüber statt, ob das betreffende Gesetz angenommen oder abgelehnt werden soll. Wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung teilnimmt und sich für die Ablehnung ausspricht, gilt das Gesetz als abgelehnt.

Etwas anderes ist das Verfahren, wenn der Volksabstimmung ein aus der Initiative eines einzelnen oder eines Personenkreises hervorgegangenes Gesetz unterbreitet werden soll. Hier müssen fürs erste auch wieder mindestens 5000 Wähler den Antrag auf ein Volksbegehren stellen. Dies Volksbegehren gilt aber nur als zustandegekommen, wenn mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten (also etwa 8 000 000 Wähler) verlangen, daß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet werde. Die Regierung hat dann diesen Entwurf beim Reichstag unverzüglich einzubringen. Lehnt ihn der Reichstag ab oder ändert er ihn, so wird der Volksentscheid in Anwendung gebracht. Hierbei ist zu beachten, daß für Verfassungsänderungen die Teilnahme der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist; andernfalls ist das verfassungsändernde Gesetz ohne weiteres abgelehnt. Ohne Frage wird den Wählern mit dem Volksentscheid und dem Volksbegehren eine Waffe in die Hand gegeben, die sie erst handhaben lernen müssen. Gerade von demokratischer Seite ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen vielleicht nicht ausreichen werden, um einen Mißbrauch des Volksentscheides zu verhindern. Insbesondere ist es bedenklich, daß gegenüber einer Wählerzahl von 30 Millionen schon 5000 Bürger die Herbeiführung eines Volksbegehrens beantragen können. Dem ist entgegengehalten worden, daß ein solcher Antrag doch ein sehr teures Vergnügen sei, da die Antragsteller die Listen an die Gemeinden auf ihre Kosten herstellen lassen und versenden müssen. Aber ob hiermit allein genügende Sicherungen geschaffen sind, ist zweifelhaft. Immerhin wird man sich durch solche Erwägungen keinesfalls die Befriedigung darüber verkürzen lassen dürfen, daß nunmehr durch das neue Gesetz die Volkssouveränität eine weitere kräftige Stütze erhalten hat.

Die Erfüllungssteuern.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn das oft gebrauchte Bild von dem Steuerbukett jemals zutreffend war, so ist es gewiß diesmal der Fall, wo das Kabinett nicht weniger als fünfzehn einzelne Steuergesetzentwürfe, zu einem freilich nicht anmutigem Strauße gebunden, der Oeffentlichkeit überreicht. Pflegt der Duft eines solchen Straußes ohnehin den meisten Volksgenossen nicht angenehm in die Nase zu steigen, so ist es hier umso weniger verwunderlich, als keine geschickt und kunstvoll ordnende Hand sich bemüht hat, dieses Bündel zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen, sondern unleugbar ein gewisser Schematismus am Werke war, gewissermaßen fünfzehn einzelne, rohbehauene Blöcke hinzusetzen, die erst energisch meißelnder Hände bedürfen werden, um sich in den gewaltigen Finanzbau des Reiches einzufügen und ihn mit tragen zu helfen. Trotzdem kann nichts falscher sein, als die oft gepflogene Uebung von einst fortzusetzen. In Friedenszeiten konnte man sich den Luxus gestatten, um einiger hundert Millionen willen zu feilschen, zu nörgeln und zu verdammen. Bismarck konnte noch sagen: Wir machen die Steuern und holen uns im Parlament die Quittung dafür. Diese im Vergleich zu heute sorglosen Zeiten sind vorüber: heute geht es ums Ganze, heute wissen wir, daß ein Steuersoll von hundert Milliarden aufgebracht werden muß und daß dabei wohl oder übel einige Schönheitsfehler mit in den Kauf genommen werden müssen. Gewiß darf es Aufgabe der öffentlichen Kritik und vor allem der Steuerausschüsse des Reichstages sein, Schönheitsfehler auszumerzen; voran aber hat der Grundsatz zu stehen, daß mit bloßer negativer Kritik nichts getan ist, daß wer eine Steuer ablehnt, die Pflicht hat, eine andere an ihre Stelle zu setzen. Die Zeiten der früheren Finanzreformen sind vorbei, wo schließlich noch alle Wege nach Rom führten, wo noch soviele Pfade offenstanden, die gangbar waren. Heute gibt es kaum noch eine Quelle, die nicht angebohrt, kaum eine Tür, an die noch nicht geklopft ist, und selbst dem gewiegtesten Finanzkünstler wird es kaum mehr gelingen, ein neues Sesam zu finden, das sich auf sein Zauberwort öffnet und verborgene Schätze vor ihm ausbreitet. Zu unseren Häupten und zu unseren Füßen, zur Rechten und zur Linken steht der kategorische Imperativ des angenommenen Ultimatums: du mußt erfüllen! Aber auch der Erfüllungswille lebt in uns, und er war offenbar der Leitstern des Kabinetts auf der Suche nach Erfüllungsmöglichkeiten. Dabei war sich das Kabinett, wie es im Schlußsatz selbst sagt, durchaus darüber klar, daß diese fünfzehn Gesetzentwürfe nicht der Weisheit letzter Schluß sind und daß weitere ergiebige Quellen erschlossen werden müssen. Umso eindringlicher wird die Pflicht jeder Kritik, nicht nur zu negieren, sondern ihm mit Winken und mit Ratschlägen an die Hand zu gehen. Zu diesem Zwecke wird es sich sehr empfehlen, daß die Regierung sich möglichst bald mit den Parteiführern ins Benehmen setzt, und daß sie sich bei der Größe der zu lösenden Aufgabe von jeder parteimäßigen Engherzigkeit fernhält, d. h. daß sie nicht nur die Führer der Koalitionsparteien heranzieht, sondern auch die der Oppositionsparteien, denen gerade im Ablehnungsfalle umsomehr die Pflicht erwächst, andere Wege zu weisen. Hoffentlich wenigstens gibt es heute keinen Politiker mehr, der sich auf den Standpunkt stellt, daß, wer das Ultimatum angenommen, es auch zu erfüllen habe. Auch ein anderes noch ist nötig: alle Parteien werden den lebhaften Wunsch haben, ehe sie selbst Stellung zu den neuen Steuern nehmen, sich mit ihren Sachverständigen im Lande in Fühlung zu setzen. Die Reichsregierung wird deshalb dafür zu sorgen haben, daß die vom Reichsrat und vom Reichswirtschaftsrat vorgesehenen Vorschläge dem Reichstag so frühzeitig wie möglich zugehen.

Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, auf die fünfzehn Entwürfe im Einzelnen einzugehen: dazu wird sich im Laufe der nächsten Wochen noch Gelegenheit genug finden. Der interessanteste von ihnen und in gewissem Sinne neu ist der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Er stellt das dar, was bislang unter dem Begriffe der Veredlung des Reichsnotopfers kursierte. In Wirklichkeit ist um diese Veredlung schon bei der Beratung des Reichsnotopfers und noch vielmehr nach seiner Annahme hauptsächlich von demokratischer und deutschvolksparteilicher Seite gekämpft worden. Alle die Gründe, die die Regierung jetzt selbst ins Feld führt, wurden ihr damals entgegengehalten: daß infolge des Festhaltens an einem bestimmten Stichtag Vermehrungen des Vermögens und neugebildete Vermögen garnicht, Vermögensverminderungen nur ganz dürftig erfaßt werden. Schon damals wurde eine Neuveranlagung von drei zu drei Jahren aufs dringlichste empfohlen. Daß die Regierung sich jetzt dazu entschlossen hat, diesen Stimmen Gehör zu schenken, ist zweifellos ein Vorzug, und es darf auch gesagt werden, daß sie sich nach der bisherigen Begründung bemüht, der Steuer möglichst den Charakter des Konfiskatorischen zu nehmen oder durch entgegenkommende Maßnahmen zu verdecken. Durch die Möglichkeit, daß es der eigenen wirtschaftlichen Entschließung überlassen werden soll, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abbürden will, ist es in gewissen Fällen sehr wohl denkbar, daß ein Eingriff in die Substanz zu vermeiden ist. In vielen Fällen freilich wird sie unvermeidlich sein. Aber es fragt sich, ob die regierungsseitig bisher nicht angeschnittene Frage der Bildung von Steuergemeinschaften ein vorteilhafterer Weg wäre. Steuersyndikate bedeuten Zwangswirtschaft, denn man kann keine Unterverteilung vornehmen, solange nicht alle in Betracht kommenden Faktoren zu dieser Gemeinschaft gezwungen sind. Was bei der Mitteilung dieser fünfzehn Gesetzentwürfe als besondere Lücke auffällt, ist das Fehlen aller Ertragsschätzungen. Freilich läßt sich dagegen einwenden, daß ja kein Mensch zu sagen vermag, wie sich die Valutaverhältnisse gestalten werden und daß es deshalb gar keinen Zweck habe, irgendwelche Ziffern zu rechnen. Auch hier ist eben kein Vergleich mehr mit früher zu ziehen: früher waren die direkten Steuern das Feststehende, die indirekten das Schwankende, jetzt sind beide schwankend, am meisten aber die Geldsteuern. Letzten Endes sind auch das nur Auswirkungen der Vorgänge, die sich jetzt in Paris vollziehen, in denen neben dem Schicksal Oberschlesiens auch das steuerliche Schicksal des Reiches entschieden wird.

Entscheidende Tage in Paris.

Die neun Punkte der Pariser Konferenz.

Die Agence Havas berichtet inoffiziell über die erste Sitzung des Obersten Rates: Die Sitzung war (am Montag) um 6 Uhr 5 Min. beendigt. Sie war vollständig durch die Besprechung der oberschlesischen Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die alliierten Vertreter. Darauf wurde jede Delegation aufgefordert, ein allgemeines Exposé über die oberschlesische Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses Fromageot legt den französischen Standpunkt dar und zeigte, daß das Abstimmungsgebiet geteilt werden könne und der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden müsse. Darauf gab Sir Cecil Hurd eine Darstellung des englischen Standpunktes, welcher auf die Unteilbarkeit des Industriegebiets und seine Zusprechung an Deutschland hinausläuft. Der französische Sachverständige Laroche brachte zum Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teil einschließlich Königshütte an Polen fallen müsse, wobei der Grenzverlauf sich merklich der Sforzalinie zu nähern habe. Der italienische Delegierte vertrat einen vermittelnden Standpunkt.

Die jetzt vorliegende endgültige Tagesordnung umfaßt folgende neun Punkte:

1. Die Truppenverstärkungen für Oberschlesien.
2. Die Teilung Oberschlesiens.
3. Die Sanktionen im Rheinland.
4. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher.
5. Die russische Hungersnot.
6. Die Luftschiffahrtsbestimmungen des Versailler Vertrages.
7. Die orientalische Frage und der griechisch-türkische Konflikt.
8. Finanzielle Hilfe für Oesterreich.
9. Die albanische Frage.

Die Meinungsverschiedenheiten dauern an!

Die gesamte englische Presse befaßt sich in Pariser Telegrammen und Leitartikeln mit der Konferenz des

Obersten Rates. Die Blätter weisen alle auf, die in der oberschlesischen Frage zwischen der britischen und französischen Regierung bestehenden Meinungsverschiedenheiten hin. Times erklären, der Meinungsverschiedenheit zwischen den alliierten Sachverständigen liege der Streit in bezug auf die allgemeine Politik zugrunde, und darin, nicht in der oberschlesischen Frage selbst, sei der Ernst der augenblicklichen Konferenz des Obersten Rates begründet. Es handle sich wieder um die Frage, welche Haltung gegenüber Deutschland eingenommen werde. In dieser fundamentalen Friedensfrage stimmten die Ansichten der englischen und französischen Regierung nicht überein. In einem Leitartikel schreibt Daily Expreß, die Zukunft Polens als Nation hänge von seiner friedlichen Entwicklung ab. Polens schlimmste Feinde seien Abenteurer wie Korfanty.

Belgien auf Englands Seite.

Ueber die Haltung Belgiens meldet der Brüsseler Korrespondent des Temps, wenn Belgien zu den Beratungen über Oberschlesien zugelassen worden wäre, wäre es keineswegs sicher gewesen, daß die These der englischen Delegierten bei Belgien auf irgendwelchen Widerstand gestoßen wäre. Gewisse politische Kreise und insbesondere die sozialistischen Minister in Belgien billigten rückhaltlos den englischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage. In der Frage der Sanktionen ist man geneigt, die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen zu fordern. Darüber hinaus würde man auch auf der Aufhebung der militärischen Sanktionen bestehen.

Neuer Gesetzentwurf für Schöffen und Geschworene.

Die allgemeine Zulassung der Frauen.

Entsprechend der Entschließung des Reichstages vom 8. März 1921 ist dem Reichstag jetzt der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, der den allgemeinen Zugang der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt regelt, und zwar im gleichen Umfange wie bei den Männern. Der Entwurf geht also weiter, als die Anfang 1920 veröffentlichten Strafprozeßentwürfe, die den Frauen die Mitwirkung nur bei gewissen Arten von Strafsachen zugestehen wollten. Der Reichsrat hat dem Entwurf seine Zustimmung versagt. Er begründet seine Ablehnung damit, daß nach Art. 109 der Reichsverfassung Männer und Frauen grundsätzlich den Anspruch auf Zulassung haben, daß nach Art. 128 jedoch diese Zulassung nur bei entsprechender Befähigung erfolgen solle. Verschiedene Umstände lassen jedoch nach Ansicht des Reichsrats die Frauen als zum Schöffen- und Geschworenenamt ungeeignet oder doch minder geeignet erscheinen. Die Frau sei kraft ihrer seelischen Eigenart in weit höherem Maße als der Mann gefühlsmäßigen Einflüssen unterworfen. Die Frau stehe an Entschlußfähigkeit und der Kraft zu energischem Durchgreifen vielfach hinter dem Manne zurück; das berge die Gefahr einer heut besonders bedenklichen Verweichlichung der Strafrechtspflege in sich. Endlich sei auch zu befürchten, daß die Auswahl auf große Schwierigkeiten stoßen werde. Gerade die Berufensten, nämlich die guten Hausfrauen, Mütter und im Berufsleben stehenden Frauen, würden von dem, den Frauen (im Gegensatz zu den Männern) im Entwurf zugestandenen Ablehnungsrecht überwiegend Gebrauch machen. Aus denselben Gründen wendet sich der Reichsrat auch gegen eine teilweise Zulassung der Frau etwa bei der Aburteilung von Frauen oder bei Jugendgerichten.

Kleine politische Meldungen.

Früherer Zusammentritt des Reichstages? Obwohl man die Frage eines früheren Zusammentritts des Reichstages anläßlich der Entscheidung des Obersten Rates noch nicht eingehend besprochen hat, hält man in parlamentarischen Kreisen die Einberufung des Reichstages sofort, nachdem die Entente ihre Entscheidung gefällt hat, für unbedingt erforderlich. Man sieht die Einberufung des Plenums besonders deshalb als notwendig an, weil auf Grund der Entscheidung des Obersten Rates zahlreiche überaus wichtige Fragen akut werden, die von dem Reichstag besprochen werden müssen. Hingewiesen wird beispielsweise auf die dringliche Frage der militärischen Besetzung der uns zugesprochenen Gebiete in Oberschlesien zum Schutze gegen etwaige Putschversuche.

Die Reparationszahlungen. Havas meldete am Freitag, daß die Reparationskommission die deutschen Verpflichtungen bis zum 1. August für erfüllt ansieht mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, die seit drei Monaten nicht mehr in der vorgeschriebenen Tonnenzahl abgeliefert seien. — Eine neue Zahlung in der Höhe von 123 Millionen Goldmark ist für den 20. d. M. der Reparationskommission angeboten worden.

Unerhörte Forderungen der Militärmission. Nach den Pariser Zeitungen hat die alliierte Militärkommission in Berlin für die Belästigung des französischen Majors Langewin im Schlafwagen Berlin—Norddeich folgende Sühneforderungen gestellt: 1. Entschuldigung bei dem französischen Major durch einen militärischen Beamten und einen Beamten des Auswärtigen Amtes. 2. Bestrafung des Schlafwagenschaffners. 3. Entlassung des Schutzpolizisten, der in Spandau den französischen Major aus dem Wagen holte. Der Beamte darf nicht mehr in den Staatsdienst eingestellt werden. 4. Verweis an den begleitenden deutschen Offizier, der nicht genügend für den französischen Major eingeschritten sein soll.

Keine Neutralisierung der umstrittenen Gebiete Oberschlesiens. Der Pariser Vertreter der Baseler Nationalzeitung meldet, daß der Plan, die umstrittenen Gebiete in Oberschlesien einige Jahre hindurch unter die Verwaltung einer interalliierten Behörde zu stellen, in offiziellen Pariser Kreisen endgültig fallen gelassen wurde, weil eine solche Lösung im Friedensvertrage nicht vorgesehen ist und diese nur auf Grund eines vorherigen Uebereinkommens zwischen den Alliierten, Polen und Deutschland ausgeführt werden könnte.

Ratibor will deutsch bleiben. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften der Stadt Ratibor haben einen Mahnruf an den Obersten Rat gerichtet, in welchem unter Hinweis auf das Abstimmungsergebnis in letzter Stunde der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß der gesamte Kreis Ratibor mit dem übrigen Abstimmungsgebiet ungeteilt bei Deutschland verbleibt.

Vor dem neuen Polenaufstand. Der drohende vierte Polenaufstand beängstigt bereits allgemein die deutschoberschlesischen Reisenden, die am Sonntag an amtlicher Stelle sich über den Stand der Dinge erkundigten. Sie erhielten den Rat Oberschlesien rechtzeitig zu verlassen. Es gehen zwei Gerüchte um, eins, daß der 9. August, ein anderes, daß der 15. August der Tag des Beginns des vierten Aufstandes werden soll.

Amerikas neues Interesse für Europa. Die Times melden aus Washington: Das Staatsdepartement beabsichtigt, sein bisheriges Desinteressement in den europäischen Fragen aufzugeben. Der erste Schritt hierzu ist Hardings offizielle Vertretung bei den Beratungen der Alliierten über Oberschlesien.

Reichstagsabg. Dr. Quaatz im Rheinland verhaftet. Am Sonntag nachmittag wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Quaatz in Köln bei dem Versuch, den Straßenbahnschaffnern, die von der englischen Militärpolizei widerrechtlich bedrängt wurden, beizustehen, trotzdem er im Besitz eines vorgeschriebenen Reiseausweises war und sich als Reichstagsabgeordneter auswies, von der englischen Militärpolizei verhaftet. Erst auf seine energischen Vorstellungen hin wurde er aus dem Polizeibureau der englischen Militärpolizei wieder entlassen.

Die tschechischen Sozialdemokraten gegen Stinnes. Aus Prag wird gemeldet: In der Kammer wurde die Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion interpelliert wegen der planmäßigen Versuche von Hugo Stinnes zur Erwerbung von Industrie-, Bergwerks- und Zeitungsunternehmen innerhalb der Tschecho-Slowakei, womit eine politische Gefahr verbunden sei, der die verantwortlichen Stellen rechtzeitig begegnen müßten.

Der Völkerbund und die Hilfe für Oesterreich. Daily Expreß meldet aus Wien: Die Kommission des Völkerbundes für den Wiederaufbau Oesterreichs hat ihre endgültigen Vorschläge der österreichischen Regierung unterbreitet. In ihnen wird die Hilfe des Völkerbundes für Oesterreich unter den mitgeteilten Bedingungen für Ende November zugesagt.

Die Türken und Griechen im Endkampf. Die Agence Havas gibt Nachrichten aus griechischer Quelle wieder, wonach das griechische Heer nach achttägiger Pause den Vormarsch gegen Angora wieder aufnehmen soll. Seine Verpflegungs- und Intendanturbureaus wurden nach Eski Schehir verlegt, das der griechischen Armee bei ihrem Vormarsch als Basis dienen soll. Auf türkischer Seite werden gewaltige Anstrengungen gemacht zur Reorganisierung und Verstärkung der kemalistischen Armee. Alle Stellungen vor Angora werden befestigt.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. August 1921.

Auer Parkfest 1921. Wenn jetzt, nach sieben parkfestlosen Jahren, zum ersten Male wieder das heimatliche Fest abgehalten wird, so geschieht das unter völlig veränderten Verhältnissen. Welch gewaltiger Unterschied zwischen dem Einst und Jetzt sich auftut, das weiß ein jeder, trotzdem, trotz allem Wandel der Zeiten, wird das Auer Parkfest 1921 völlig denen gleichen, die wir in früheren, fetteren Jahren erlebten. Nichts wird daran erinnern, daß in der siebenjährigen Pause die Dinge sich gewandelt haben. Ganz wie früher wird das Heimatsfest gefeiert werden und sich gestalten. Der Eintrittspreis, die Loospreise sind etwas gestiegen, das ließ sich bei der heutigen Geldentwertung nicht vermeiden, ist aber auch das Einzige, was eine Abweichung vom früher Gewohnten ist. Sonst ist alles beim Alten geblieben: es winken dieselben begehrenswerten Gewinne wie ehedem. Auch sie sind hier in ihrem Wert bedeutend gestiegen, so daß das alte Verhältnis zwischen Einsatz und Gewinn bestehen geblieben ist. Das ist bei den Schweinen, den Gänsen, den Torten ebenso der Fall wie bei den prachtvollen Silbergegenständen. Sogar eine Erweiterung hat der Verlosungsplan erfahren, der unseren Hausfrauen hoch willkommen sein wird: Fortuna schüttet diesmal auch Aluminiumgegenstände, Wirtschaftsartikel aus ihrem Glückssacke, die ja allen Frauen so begehrenswert sind. Neben diesen Hauptlotterien gibt es Gelegenheit noch in Hülle und Fülle, dem Glück die Hand zu reichen; da sind noch Loos- und Glücksbuden der verschiedensten Art, am Roulette und mit dem Würfelbecher kann der Versuch gemacht werden, das Glück einzufangen, und gar vielgestaltig sind die Freuden, die das Parkfest 1921 sonst noch bieten wird. Auch für leibliche Erfrischung ist hinreichend Sorge getragen. Neben dem Hauptzelt, das edelsten Gerstensaft spendet, wird in der Turnhalle, wie immer, ein Café sich etablieren, ferner eine Weinstele, und an vielen anderen Ständen wird Gelegenheit sein, ein schäumendes Glas Bier oder einen Likör zu sich zu nehmen und auch an den gern verzehrten Parkfest-Würsteln wird kein Mangel sein. Kurz: die Bretter sind, die Buden aufgeschlagen, und jedermann erwartet sich ein Fest . . . Diese Hoffnung wird tatsächlich wie es so schön heißt, in Erfüllung gehen. Wie alle seine Vorgänger so wird auch das Parkfest 1921 zu dem Fest des ganzen oberen Erzgebirges werden. Glück auf!

Besoldung der sächsischen Volksschullehrer. Nach der neuen, infolge des Einspruchs des Reichsfinanzministers abgeänderten und vom Landtage in seiner Sondersitzung am 29. Juli angenommenen Vorlage zur Besoldungsordnung der Staatsbeamten und Lehrer sollen die Stellen der Volksschullehrer im neuen Besoldungsplan nach dem Verhältnis von 2 : 2 : 1 auf die Gruppen VII, VIII und IX verteilt werden. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es u. a., das Reich werde auch gegen diese Einreihung Einspruch erheben. Wenn die Regierung trotz dieser Gewißheit das ursprünglich vom Landtage (am 20. Juni) beschlossene Stellenverhältnis (1 : 2 : 2) nicht aufrechterhalten habe, so habe sie sich dazu entschlossen, weil sie annehmen müsse, daß die Anrufung des Schiedsgerichts nur dann Erfolg verspreche, wenn die Grundsätze des Reiches nicht offenbar verletzt würden. Diese Grundsätze aber, so weit sie hier einschlagen, bestimmten für die Verteilung der Stellen auf die Gruppen VII und IX ein Verhältnis von 3 : 2 : 1 nur für besondere Ausnahmefälle ein Verhältnis von höchstens 2 : 2 : 1. Daß für die Einreihung der Volksschullehrer in Sachsen besondere Ausnahmeverhältnisse vorliegen könne gegenüber dem Einspruche des Reichsfinanzministeriums nachgewiesen werden. Eine Ueberschreitung der Fünfteilung sehen aber die Grundsätze des Reiches auch für besondere Verhältnisse nicht vor. — Sollte der Reichsfinanzminister auch gegen diese abgeänderten Festsetzungen der Besoldungsvorlagen noch Einspruch erheben, so ist die Regierung gewillt, die Entscheidung des Schiedsgerichts anzurufen.

Zu der Lokomotiventgleisung auf dem hiesigen Bahnhofe, über die wir gestern berichteten, ist ergänzend noch zu melden, daß nennenswerter Schaden nicht angerichtet worden ist. Es handelte sich um einen gewöhnlichen Rangierunfall, der für den Verkehr keinerlei Folgen hatte und in gar keinem Verhältnisse stand zu der Zahl der Zuschauer, die zum Bahnhofe zogen, um die Aufräumungsarbeiten in Augenschein zu nehmen.

Frauenmacht.

Roman von M. Herzberg.

(11. Fortsetzung.)

„Ich kann mich auch irren. Uebereilen wir nichts," warnte Seehagen mit geheimer Freude, als er den Alten aufstehen und sich ins Nebenzimmer an seinen Schreibtisch begeben sah.

„Behüte, das muß sofort aufgeklärt werden," gab jener zurück. „Ich kann mich wohl einmal täuschen lassen, doch nun ist mir die Sache unzweifelhaft. Wäre mir der leiseste Argwohn aufgestiegen, hätte ich nur einmal das Papier befühlt wie jetzt — aber wer hätte auch der alten, guten Firma, mit der ich seit Jahren arbeite, ein solches schändliches Manöver zugetraut. Möglicherweise, sogar wahrscheinlich, sind sie jedoch selbst die Betrogenen — na, wir werden ja gleich sehen."

Ein Mann raschen Handelns, tat er die Proben des alten und neuen Exemplars in ein Kuvert, und, sachverständig die Bestandteile beider Sorten konstatierend, bat er, zunächst noch in gewohnter, höflicher Form um Aufklärung des Tatbestandes. Die Antwort der Herren Karl Stößer Söhne, die ihren Wohnsitz und ihre Fabriken außerhalb hatten, mußte bei ihrer üblichen geschäftlichen Promptheit am nächsten Tage eintreffen.

Inzwischen empfahl sich Seehagen befriedigt. Die Geschichte war gut eingeleitet, die Zündschnur gelegt: mehr wollte er nicht. Die Explosion mußte nun zweifellos und ohne ihn erfolgen. Der Alte blieb ohne Arg, aber Elisabeth blickte dem sich Verabschiedenden mit mißtrauischen Augen nach. Sein verschlagenes Lächeln prophezeite nichts Gutes und ihr feiner weiblicher Instinkt sagte ihr, daß er irgendwelches Unheil gesät, wenn auch sie noch nicht klar wußte, worin es bestand.

Die Antwort von Karl Stößer Söhne schlug am nächsten Tage gleich einem Donnerschlage ein. Die Herren schrieben sehr kühl und erstaunt über den empfangenen Brief mit Inhalt: Das Schreiben des Herrn G. A. Stolzenburg sei ihnen gänzlich unverständlich, da sie doch, wie dieser wüßte, nicht mehr Lieferanten seines Hauses seien. Ihrerseits bäten sie nun dringend um Aufklärung und Richtigstellung der Angelegenheit.

Die Kopie des Kündigungsbriefes lag bei und Herr Stolzenburg erkannte sofort seines Sohnes Werk.

Im ersten Augenblick war der Alte, der dies verhängnisvolle Schreiben im Geschäftshause in seinem Privatkontor erhielt, wie erstarrt und gelähmt, dann aber faßte ihn ein maßloser Zorn. Außer sich stürmte er in das Zimmer des Kassierers.

„Die Rechnungen!" herrschte er diesen an, und als der Mann, den Herrn nicht begreifend, ihn fassungslos und verplex anblickte, wiederholte er scharf: „Die Rechnungen der letzten Papierlieferungen für den „Lloyd" will ich sehen!"

Der Kassierer wurde blaß und anstatt sofort zu willfahren, begann er kläglich zu lamentieren:

„Ich hab's gewußt, daß es so kommen würde, Herr Stolzenburg, aber ich bin, bei Gott, schuldlos. Ich hab's Herrn Alex hundertmal vorgestellt und bewiesen, daß wir solche Preise für gleiche Qualitäten bei Stößer nie bezahlt haben, aber er ließ sich nicht drein reden. Ich hätte nur zu zahlen, die Sache wäre richtig so, ginge mich auch nichts an, er habe Vollmacht."

„Die Rechnungen!" schrie Stolzenburg ungeduldig.

Mit unsicheren Händen holte der Kassierer die Papiere hervor.

Und nun lagen sie vor ihm, die Quittungen des Papierfabrikanten Böhme. — Ja, sie waren enorm, die Zahlungen, bedeutend abweichend von Stößers soliden Preisen und in gar keinem Verhältnis zu der Güte und Quantität der Lieferungen. Einmal aufgerüttelt aus seiner kurzen Vertrauensseligkeit, ahnte dem Vater dunkel, daß dem noch etwas anderes zugrunde liegen mußte, irgend ein faules Manöver seines ungeratenen, ihn so schmählich hintergehenden Sohnes; das bewies ihm schon die Verheimlichung des ganzen Verfahrens. Sein Grimm wuchs.

Ohne ein weiteres Wort an den niedergedrückten, um seine gut dotierte Stelle bangenden Kassierer, verließ er dessen Kontor, begab sich in sein eigenes zurück und schrieb sofort mit vor Erregung bebenden Händen zwei Briefe.

In dem ersten ersuchte er die Firma Böhme, ihre Papierlieferungen einzustellen, in dem zweiten die Firma Stößer, die alte Geschäftsverbindung wieder aufzunehmen. Er ließ die Briefe sofort eingeschrieben expedieren und saß dann, für niemand sichtbar, brütend und grübelnd in seinem Privatzimmer allein. Als er zum Lunch bei seiner Frau erschien, erschrak sie über die auffallende Veränderung, die mit ihm vorgegangen. Er sah hager aus, verhärmt, wie um Jahre gealtert. Aber er wich ihren liebevollen, besorgten Fragen aus. Schwindel sei's, Blutandrang nach dem Kopfe, an dem er ja oft leide, und infolgedessen die Schwäche und das Uebelbefinden.

Er konnte sich noch nicht leicht überwinden, ihr seinen Kummer mitzuteilen, wie die seine, auch ihre frohe Hoffnung auf einmal grausam zu vernichten.

Trotz wirklichen physischen Unwohlseins gab er deren Bitten, sich doch für heute wenigstens zu schonen und daheim zu bleiben, nicht nach, sondern fuhr am Nachmittag persönlich hinaus zu seinem alten Lieferanten Karl Stößer Söhne, und des Sohnes, einzig um des Namens willen, den sie beide führten, schonend, stellte er den Sachverhalt als eine Kette höchst bedauerlicher Mißverständnisse und Verwechslungen hin, und einen neuen, festen Kontrakt unterzeichnend, bat er die Herren, möglichst sofort wieder mit den Lieferungen zu beginnen, da die gegnerischen von Stunde an abbestellt worden seien. Die Herren versprachen es, und unter aufrichtigen Versicherungen des Vertrauens und gegenseitig neuhergestellten besten Beziehungen trennte man sich.

Kurz nach seiner Rückkehr traf alsdann den Alten völlig niederschmetternd, seine schlimmsten Erwartungen übertreffend, der schwerste Schlag. Böhme erschien und präsentierte ihm kaltblütig die Wechsel seines Sohnes in Höhe von vierzigtausend Mark.

Da lag nun der Betrug klar am Tage, der schändliche Betrug, den der eigene Sohn gegen ihn geübt, der ihn ausbeuten, gewissenlos plündern ließ, zugunsten des Hehlers und zur Befriedigung des eigenen sträflichen gemeinen Leichtsinns, der ihn zum Betrüger machte, zum Verbrecher an Pflicht und Ehre.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die neuen Gebäckpreise. Vom 15. August ab ist für Gebäckpreise folgendes in Aussicht genommen. Für ein Brot zu 1400 G 5,05 Mark, und für ein solches zu 1900 Gramm 6,85 Mark. Ein Semmel soll 30 Pfg., ein Pfund Krankenbrot 2,50 Mark und 30 Gramm Kinderzwieback 4,50 Mark kosten. Der Zentner Roggen oder Weizenmehl soll mit 187 Mark berechnet werden. Die Bäcker verlangen aber wegen der Steigerung der Unkosten, die etwa 5 Prozent betragen sollen, noch einen entsprechenden Preisaufschlag für Gebäck. Markenfreies Brot soll allgemein mit 2,50 M. für das Pfund verkauft werden.

Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, hält sein Bundestagung für das Jahr 1921 vom 3.—5. September in Dresden ab. Von besonderer Bedeutung wird diese Tagung insofern sein, als neue Wege zur Hebung der Wohnungsnot gewiesen werden sollen. Namhafte Referenten werden die wichtigsten wohnungspolitischen Fragen behandeln. Am 26. bis 28. August ist zu einer Tagung der Vorsitzenden der Einigungsämter nach Dresden eingeladen worden. Im Interesse der Sache ist es empfehlenswert, wenn aus jeder größeren Gemeinde ein Mieteinigungsamtbeisitzer aus Mieterkreisen an den Verhandlungen teilnimmt.

* * *

Schneeberg, 8. August.

Begrabene Eisenbahnwünsche. Viele Jahrzehnte hindurch bemühten sich die Städte Schneeberg und Neustädtel samt den umliegenden Orten um eine direkte Bahnverbindung mit dem Vogtlande mit Anschluß an Plauen oder Auerbach, aber immer vergeblich. Zuletzt blieb nur noch die Hoffnung, daß die zuletzt vom Landtage genehmigte Bahn Rodewisch—Rothenkirchen einmal bis nach Schneeberg fortgesetzt würde. Aber auch dieser Trost ist jetzt durch einen Bescheid des Reichsarbeitsministeriums, nach welchem der Bau dieser Strecke wegen der hohen Ausführungskosten und der zu erwartenden geringen Einnahmen auf absehbare Zeit als unmöglich erklärt wird, zuschanden gemacht worden, und das sächsische Arbeitsministerium fügt der Absage hinzu, daß von ihm aus weitere Bemühungen um den Bau der Bahn Rodewisch—Rothenkirchen keine Unterstützung mehr finden würden.

Treuen, 8. August. Tödlicher Unfall. Durch eine niedergehende Sandwand wurde in der am Kuxenberg gelegenen Sandgrube der im 55. Lebensjahre stehende Bernhard Gruber in Schreiersgrün erschlagen. Vor zwei Jahren hat sein zweitältester Sohn im Alter von 26 Jahren bei der Bergmannsarbeit ebenfalls durch einen Unglücksfall den Tod erlitten.

Leipzig, 8. August. Lohnbewegung im Leipziger Gastwirtsgewerbe. Der Gewerkschaftsbund der Leipziger Gasthausangestellten teilt mit, daß die Angestellten des Gasthausgewerbes sich gezwungen gesehen haben, infolge der anhaltenden Teuerung der Lebensmittel den jetzt bestehenden Tarif zu kündigen. Es wird im Durchschnitt eine 30prozentige Erhöhung der Garantielöhne gefordert. Es ist zu erwarten, daß es zu einer Einigung kommt.

Dresden, 8. August. Zahlungseinstellung des Köhn-Konzerns? In den letzten Tagen konnte der Köhn-Konzern in Dresden wiederholt die versprochenen Dividenden nicht auszahlen, da angeblich die Gelder aus Berlin infolge der Beschlagnahmungen durch die Finanzämter nicht eingetroffen waren. Unter den Mitgliedern herrscht deswegen große Erregung. Ferner erfahren wir, daß manche Mitglieder des Alemannia- und anderer Wettkonzerne bei Zusammenbrüchen um ihr Geld kommen dürften, weil sie die Einzahlungen zwecks Steuerhinterziehung nicht unter ihrem richtigen Namen vorgenommen haben und daher bei einem Konkurs nicht nachweisen können, daß sie wirklich die Einzahler sind.

Kamenz, 8. August. Hohe Obstpreise. Hohe Preise wurden bei den Versteigerungen der Obstnutzungen an den Staatsstraßen erzielt. Der Zudrang der Bieter war groß, und diese überboten sich derart, daß teilweise unglaubliche Preise erzielt wurden. Das Pfund Birnen kam nicht unter 1 Mark, Aepfel bis zu 3 Mark zu stehen. Die Strecke Prietitz—Elstra mit 28 Zentner Aepfelbehang brachte 7050 Mark. Aehnlich wurden die Preise im Löbauer Bezirk in die Höhe getrieben. Hier brachten die Strecken Herrnhut—Fichtelschenke mit 95 Zentnern Aepfel 8700 Mark, Schönau—Landesgrenze mit 160 Zentnern 19 050 Mark. Die Verpachtung sämtlicher Strecken brachte 150 000 Mark. Eine Strecke hat die Gemeinde Ebersbach für eigenen Bedarf beschlagnahmt. Wie hoch wird der Einzelverkaufspreis der Früchte nach Einrechnung der Spesen, Steuern und Verdienste der Zwischenhändler werden?

Handel und Verkehr.

Die Goßweiler Schwarzenberger Preßspanfabrik ist mit einem Grundkapital von 2 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft Schwarzenberger Preßspanfabrik A.-G. umgewandelt worden. Vorstand ist der bisherige kaufmännische Leiter Berndt in Schwarzenberg. Unter Vorsitz des Rechtsanwaltes Freigang-Chemnitz bilden die Gründer Kommerzienräte Goßweiler-Schwarzenberg und Rathsdes-Markersdorf, Fabrikdirektor Reißig-Chemnitz den Aufsichtsrat.

Erzgebirgische Bank a. G. m. b. H. in Schneeberg. Der Halbjahresabschluß zeigt eine erfreuliche Weiterentwicklung. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches belief sich auf 240 Millionen Mark und überholte den des ersten Halbjahres 1920 um 9 Millionen. Die Mitglieder haben über 1½ Millionen Stammanteile erworben.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Tagung des obersten Rates.

Paris, 8. August. Ueber die erste Sitzung des obersten Rates wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Der oberste Rat ist um 3 Uhr nachmittag im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Briand bewillkommnete die Delegierten und gab in ihrem Namen seiner Befriedigung Ausdruck über die Rückkehr des Vertreters der Vereinigten Staaten in den Rat der Alliierten. Der Sachverständigenausschuß wurde alsdann ersucht, das Ergebnis seiner Arbeit zur Kenntnis zu bringen. Der Präsident dieser Kommission setzte die juristischen Grundsätze auseinander, über welche sich die Sachverständigen einstimmig geeinigt haben. Sir Cecil Hurst entwickelte im einzelnen den englischen Standpunkt. Hierauf setzte Laroche die französische Tese auseinander und Totte Franca die Bemerkungen der italienischen Delegation. Der oberste Rat wird heute vormittag die alliierten Oberkommissare in Oppeln über verschiedene Fragen hören, welche sich auf die augenblickliche Lage in Oberschlesien und insbesondere die Frage der Sicherheit beziehen.

Paris, 9. August. Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Regelung der oberschlesischen Frage stellt nach dem Tempo fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt worden ist: 1) daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zuläßt, daß man sich also nicht auf die im gesamten Abstimmungsgebiet von einer Partei erzielte Mehrheit berufen kann, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen, 2) daß der Friedensvertrag vorsieht, daß bei der Festsetzung der deutschpolnischen Grenze Rücksicht genommen werden muß auf die Wünsche der Bevölkerung, welche durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sind und auch auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Oertlichkeiten, 3) daß man sich bei der Grenzziehung von der gemeindeweisen Abstimmung leiten lassen muß. Die Sachverständigen haben nach dem Tempo verschiedene Vorschläge für die Grenzführung geprüft und sich schließlich auf zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische herabgemindert. Der vom Grafen Sforza anempfohlene Vergleich ist von dem Sachverständigenausschuß nicht wieder aufgenommen worden. Die in Frage kommenden beiden Lösungen haben keine Einstimmigkeit gefunden. Beide Pläne verlangen die Unteilbarkeit des Industriebezirkes. Die französische Lösung will das Gebiet Polen zuschlagen, während die englisch-italienische Lösung es wenigstens zum größten Teil Deutschland zuschlagen will.

Deutschland bezahlt.

Berlin, 9. August. Laut Vossischer Zeitung hat das Oberkommando der französischen Rheinarmee in Mainz Oberstein an der Nahe als Garnison für ein französisches Regiment bestimmt. Die Bausumme für Kasernen und Wohnungen für allein 36 Offiziere belaufen sich auf etwa 40 bis 50 Millionen Mark, die die Stadt zu zahlen hat.

Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau.

Berlin, 9. August. Laut Lokalanzeiger erhielten bei den Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau die freien Gewerkschaften 12 Vertreter und 11 Stellvertreter, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die polnische Berufsvereinigung 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der christliche Metallarbeiterverband und Hirsch-Duncker je 1 Stellvertreter. Drei Listen waren ungültig, weil sie nicht die vorgeschriebene Anzahl Unterschriften aufwiesen. Die auf diese Listen abgegebenen 40 196 Stimmen schieden deshalb bei der Zählung aus. Von den ungültigen Stimmen entfielen rund 36 000 auf die Unionisten, rund 3000 auf die Syndikalisten. Die Linksradikalen werden also in der Arbeitskammer überhaupt nicht vertreten sein.

Brandkatastrophe.

Berlin, 9. August. Zu einer Brandkatastrophe in Herrnhut erfährt der Lokalanzeiger, daß ein in einer Fabrik ausgebrochenes Feuer sich infolge starken Nordweststurmes außerordentlich rasch ausdehnte, sodaß nach ganz kurzer Zeit über 18 Häuser in Brand gerieten. Das Rettungswerk war trotz der Gegenwehr zahlreicher Feuerwehren durch großen Wassermangel sehr behindert, sodaß noch weitere Häuser bedroht sind. Dasselbe Blatt berichtet weiter von großen Bränden in mehreren badischen Ortschaften. So wurden in Zaisenhausen drei große Scheunen mit Futtervorräten eingeäschert. In Dundenheim bei Offenburg branden neun Gebäude, in Rastatt Stallungen der Fohlenweide nieder, wobei 19 wertvolle Pferde, darunter das Rennpferd Hubertus, mitverbrannten.

Der Untergang der Alaska.

Eureka, 9. August. Beim Schiffbruch der Alaska wurden 36 Reisende und 12 Mann der Besatzung getötet. 166 Reisende wurden an Land gebracht, davon 30 schwerverletzt. Bisher wurden 12 Tote geborgen. Das Unglück wurde durch Nebel verursacht, der plötzlich hereinbrach. Beim Auffahren auf ein Riff erhielt das Schiff ein ungeheures Leck, sodaß es in 30 Minuten sank.

Kleine Drahtnachrichten.

Paris, 9. August. Lloyd George erklärte einer Delegation amerikanischer Journalisten, er werde sich nicht nach Washington begeben, um England auf der Abrüstungskonferenz zu vertreten.

Berlin, 9. August. Wie der Lokalanzeiger aus Mülheim meldet, wurde dort ein Hamburger Bankbote verhaftet, der mit 50 000 Mark flüchtig gegangen war.

Berlin, 9. August. Nach dem Lokalanzeiger ist durch eine Entscheidung der interalliierten Verteilungskommission das Eigentum an der technischen Hochschule der freien Stadt Danzig ohne Einschränkung zugesprochen worden.

Berlin, 9. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, wurden General de Marini und Sir Harald Stuart vom obersten Rat beauftragt, diesem in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über ihren Standpunkt betreffend die Frage der Truppenverstärkungen vorzulegen.

Vermischtes.

Die Hitze und die Trockenheit dauern in Süddeutschland weiter an. Nach der Wetterwarte hat man seit 40 Tagen, abgesehen von einem einzigen Gewitterregen, keine Niederschläge verzeichnet. Eine derartig abnorme Trockenheit hat man seit Menschengedenken nicht gekannt. Die Dürre macht weitere Fortschritte und die Bäche und Flüsse trocknen weiter aus, da die Temperaturen täglich bis über 30 Grad steigen.

Massentode durch Cholera und Typhus. Die Morningpost meldet aus Reval: Laut der Petersburger Prawda sind vom 15. bis 31. Juli in Petersburg an Cholera und Typhus gestorben 12 743 und in Moskau im gleichen Zeitraum 10 834 Personen. — Daily Telegraph meldet, daß man in London wegen des Ausbleibens jeglicher Nachrichten von der britischen Handelsdelegation, die sich nach Moskau begeben hat, beunruhigt ist. Den Blättern zufolge ist in den ostrussischen Hungergebieten die Pest ausgebrochen.

Zeppeline für Spanien? Wie Havas aus Madrid meldet, bereist eine deutsche technische Kommission das südwestliche Gestade Spaniens auf der Suche nach einem geeigneten Gelände zur Aufstellung von Luftschiffhallen für Zeppeline, die eine bedeutende Gesellschaft für die Beförderung von Passagieren zwischen Spanien und Buenos Aires erbauen lassen will. Die Ueberfahrt würde weniger als vier Tage dauern. Spanisches Kapital wird sich an dem Unternehmen beteiligen.

Noch ist Polen nicht verloren. Aus Posen wird der Disch. Allg. Ztg. folgende wahre Geschichte geschrieben: Eine deutsche Dame in der ehemaligen Provinz Posen stand mit einem Polen in Deutschland in Verbindung zwecks Tausches ihrer beiderseitigen Güter. Das Tauschgeschäft war so gut wie abgeschlossen. Der Pole sollte nur zur Unterschrift noch einmal kommen, ließ aber nichts mehr von sich hören. Nach vier Wochen drückte die Dame in einem Schreiben ihrem polnischen Geschäftsfreund ihr Erstaunen über sein Schweigen aus und fragte nach der Ursache. Als Antwort bekam sie folgenden Brief: Sehr verehrte gnädige Frau! Bleiben Sie in Posen und singen Sie: Noch ist Polen nicht verloren. Ich aber bleibe in Deutschland und singe: Deutschland, Deutschland über alles. Ihr sehr ergebener . . . — Ein sehr ergötzliches und bezeichnendes Armutszeugnis, das der biedere Krapulinski hier seinem Vaterlande ausstellt.

Gegen die Niggertänze. Dreihundert deutsche Tanzlehrer haben sich zum 19. Bundestag des Bundes Deutscher Tanzlehrer in Frankfurt a. M. versammelt. Vorträge und Gespräche ließen erkennen, daß man sich der festen Hoffnung auf eine baldige Foxtrott-Dämmerung hingibt. Der Bund setzt sich mit allen Mitteln für die Wiedereinführung der deutschen Tänze ein. Es sollen über Walzer und Rheinländer hinaus die älteren deutschen Tänze wieder zur Geltung gebracht werden. Deutsche Volkstänze, Tänze nach Volksliedern in Ländlerart und Ländler selbst, das sind die hauptsächlichsten Programmpunkte. — Es wird also zum Kampf kommen zwischen dem Ländler und den afrikanisch-amerikanischen Gliederverrenkungstänzen. Wir wollen hoffen, daß der Sieg, noch ehe der kommende Tanzwinter seinem Ende naht, den heimischen Tanzformen gehört.

Die Hennabaronin. Aus Puppitz in Bayern erzählt man folgende traurige Geschichte: Ein liebes, junges Mädchen von 26 Jahren, das vom Schicksal verschlagen war, kam hierher, um auf dem Land irgendein Fortkommen zu suchen. Sie legte sich auf die Hühnerzucht und hatte Glück, denn es ging eine Weile bergauf wie im Märchen: erst Hühner, dann eine Ziege, schließlich gar eine Kuh. Aber da krachte die Herrlichkeit zusammen, die Gläubiger nahmen ihr das letzte weg, und da hat sich die arme Kleine in ihr Zimmer geschlossen und sich vergiftet. Man habe sie im Lande die Hennabaronin genannt, d. h. die Hühnerbaronin, und diesen Namen führte sie erstens wegen ihrer Hühner, zweitens weil sie wirklich eine Baronin war, nämlich die Tochter des Dichters Ernst v. Wolzogen. Da sie eine Geldmörderin und noch dazu eine Protestantin war, wurde sie abends still neben der Kirchhofsmauer eingegraben. — Die Geschichte, für deren Richtigkeit wir dem B. T., dem wir sie entnehmen, die Verantwortung überlassen müssen, klingt so stark romantisch, daß man ihre Bestätigung wohl erst abzuwarten haben wird.

Originelle Grabsteininschriften. In der alten Kirche in Doberan in Mecklenburg findet man stark verwitterte Grabplatten mit originellen Inschriften. Noch deutlich zu entziffern ist eine Grabsteinschrift des Ritters Heinrich v. Bülow, die im Hochdeutsche übertragen lautet: Weiche Teufel, weich weit von mir — ich scheer mir nich ein Haar um Dir — ich bin ein mecklenburgisches Edelmann — was geht die Teufel mein Sachen an — ich lauf mit meinen Jehu Christ — wenn du Teufel auch ewig dürsten müßt! — Eine andere Inschrift der Madonna Gott lautet: Hier ruht Mühle! Mühle Gott — Bewahre sie, mein lieber Gott — als wenn du wärest Mühle Gott — und Mühle Gott der liebe Gott! — Man sieht, die Kirche ist früher derartigen Inschriften gegenüber duldsam gewesen, denn die Grabsteine liegen schon seit Jahrhunderten in der Kirche, ohne entfernt worden zu sein.

Luther als Zechschuldner. Luther soll einmal, so wird erzählt, in einer Schenke bei Erfurt aus Durstigkeit eine Bratwurst schuldig geblieben sein. Diese Sage hatte sich in dem

---

Wie das an seinem Herzen fraß, wie das ihm, dem Manne der peinlichsten Ehrenhaftigkeit, der strengsten Prinzipien von Recht und Pflicht, die Seele aufwühlte und erschütterte.

Aber dem andern dort tat er es nicht an, irgendwelche Bewegung oder Ueberraschung zu zeigen. Mit eiserner Beherrschung nahm er äußerlich ganz ruhig von den Wechseln Kenntnis und stellte mit kühler Gelassenheit sofort einen Scheck für die Gesamtsumme auf sein Bankhaus aus. Dann entließ er den Fabrikanten mit eisiger Höflichkeit. Nicht ein Wort, nicht eine Frage war von den Lippen des stolzen Kaufmanns gefallen.

Böhme, der eine ganz andere Lösung erwartet und sich auf stürmische Szenen, auf berechtigte Vorwürfe gefaßt gemacht hatte, wollte, von heimlichen Gewissensbissen getrieben, noch sprechen, sein Vorgehen rechtfertigen, aber Herrn Stolzenburgs Miene war so gebietend, so wahrhaft königlich unnahbar, daß er beschämt faßt und trotz des ihm günstigen Resultats unbefriedigt abzog.

Tags darauf kam Alex in seligster Glücksstimmung von seiner „Geschäftsreise" zurück.

Zu seinem Erstaunen empfing ihn im Hausflur, bevor er noch die Wohnräume betreten, seine Stiefmutter.

„Ihr Vater ist infolge in letzter Zeit gehabter schwerer Aufregung und Kümmernisse erkrankt," sagte sie bekommen. „Er will Sie sofort sehen und ich beschwöre Sie daher, seien Sie bei der Unterredung seines Zustandes eingedenk, zur Verhütung größeren Unglücks."

Der also Gewarnte war äußerst bestürzt und betrat voll böser Ahnungen in nichts weniger als behaglicher Verfassung das Zimmer seines Vaters, wo er diesen mit unnatürlich gerötetem Gesicht und allen Zeichen höchster, gefährlichster Erregung in einem Lehnstuhl sitzend vorfand.

Beim Anblick des Sohnes erhob er sich bebend, um ihn anzureden, aber die übermächtige, so lange aufgestaute, zornige Entrüstung lähmte, nun ihrem Ausbruch nahe, für den entscheidenden Augenblick Sprache und Kräfte, und, nur unartikuliertes Laute ausstoßend, sank der sonst so starke Mann hilflos in seinen Sessel zurück.

Alex eilte hinzu, ihn zu stützen, und seine Berührung gab dem Alten Sprache und Kräfte wieder. Heftig stieß er ihn von sich.

„Vater!" rief jener betroffen.

Nun brach der Sturm los.

„Da bleib' und rühr' mich nicht an, du schamloser Betrüger, der du dich berechnend in mein Vertrauen geschlichen, um im Bunde mit gewissenlosen Helfershelfern den eigenen Vater zu bestehlen!" schrie der Alte, braunrot im Gesicht, mit vor Verachtung blitzenden Augen und schwerkeuchendem Atem, vor maßloser Wut an allen Gliedern bebend.

„Ich weiß gar nicht — ich verstehe nicht —" stammelte Alex, der wohl erriet, worauf das hinausging.

„Nicht?" höhnte der Alte grimmerstickt mit bitterem Spott. „Weißt nichts von dem gemeinen Betrug mit Böhme hinter meinem Rücken, nichts von den 40000 Mark Judasgeld, die der feine junge Herr zu wahrscheinlich lichtscheuen, lasterhaften Zwecken erhoben? Denn 40 000 Mark sind, wie ich aus den Wechseln ersehe, voll, seit kaum Monatsfrist an dich gezahlt, und der leichtfertigste, liederlichste Vagabund selbst wäre nicht imstande, in so kurzer Zeit eine solche Summe zu verprassen. Mir graut schon vor der Wahrheit, ich ahne dahinter andere Schande noch, denn einem so gewissenlosen Betrüger ist das Schlimmste zuzutrauen."

„Nein, Vater, nein!" rief Alex, ihn hastig unterbrechend. „Du irrst, wenn du glaubst, daß ich diese Schulden, die ich, ich sehe es ein, unerlaubter Weise machte, zur Tilgung ehrenrühriger Begehen verwendete. So strafbar ich mich gemacht, diese waren bei Gott zu —"

„Entschuldigen, nicht wahr, das willst du doch sagen!" fiel sein Vater vernichtend ein. „Zu entschuldigen, daß du mich darum bestohlen. Man stiehlt aus Ehrenhaftigkeit; das ist mir neu."

„Ich hoffte, mit Böhme im Laufe der Zeit auseinander zu kommen — ich glaubte, daß mit allmählichen Prozentabzügen —" murmelte Alex, sich zu verteidigen suchend.

(Fortsetzung folgt.)

betreffenden Mitteilung bis zum Ende des Krieges erhalten, nach der Ehe starb ein Kreide angefertigen, daß der Doktor Luther dies noch eine Kinderwurst zu bezahlen habe. Ein preußischer Husar, der sich zufällig in dieser Kneipe einen Schnaps genehmigte, las mit Unwillen, was an der Tür stand. Herr Wirt, rief er, was kostet eine Kindwurst? Fünfzehn Pfennige, lautet die Antwort. Der Husar zog den Säbel und bezahlte. Und nun, Hallunke, sagte er zu dem Wirt, hör mal! Ich habe für Doktor Luthern bezahlt. Komme ich wieder und finde das noch angeschrieben, so hau ich dir die Pulle nicht zu Scherben.

Wenn das nicht hilft! Wie die Süddeutsche Volksztg. meldet, hat in Blauenschlag der dortige tschechische Pfarrer die Taufe eines Kindes auf den Namen Wilhelm abgelehnt, weil dieser Name staatsfeindlich sei und von dem früheren deutschen Kaiser getragen werde.

Wintersnöten in Australien. In Ostaustralien und Neusüdwales wüten schwere Stürme, die große Ueberschwemmungen hervorriefen. Es schneit jetzt in Gegenden, wo man noch nie Schnee gesehen hat und es herrscht eine Kälte, wie man sie seit 20 Jahren nicht erlebt hat.

Die Sünde des Priesters. Hat ihn der Teufel geritten, den guten Pastor Geyer in Milwaukee, als er sich vermaß, den strikten Vorschriften einer Braut zuwiderzuhandeln, ihr sich das Wörtchen Gehorchen bei der Trauungs-Zeremonie verbat? Damit ließ es die Amazone aber nicht bewenden. Der in deutscher Sprache erscheinende Milwaukee Herold erzählt: Fräulein Ida Behrndt beharrte auf einer zweiten Trauung, die von einem anderen Priester als dem ersten vollzogen werden sollte, weil Pastor Kurt Geyer bei ihrer ersten Trauung in seinen Fragen, die an sie gerichtet waren, das Wort gehorchen gegen ihren ausdrücklichen Wunsch eingelegt hat. Der glückliche Ehemann ist Ferdinand Gieben. — Hoffentlich macht die geb. Behrndt als verehel. Gieben ihrem neuen Namen keine Unehre.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Mittwoch, 10. August, abend 8 Uhr im gr. Pfarrhaussaale Bibelstunde über Dan. 12: Past. Oertel. Donnerstag, 11. August, abend 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer. Freitag, 12. August, abend ½8 Uhr Bibelkränzchen für konfirm. Töchter im kl. Saal des Pfarrhauses: Past. Herzog. Abend 8 Uhr Vorbereitung für die Kindergottesdienst-Helferinnen U: Pastor Herzog.

Knaben-Waschanzüge

wegen vorgerückter Saison weit unter Preis.

Markt 7. Hergert's Nachf., Aue Markt 7.

Radiumbad Oberschlema
Hotel „Erzgebirg. Hof".
Mittwoch, d. 10. August von nachmittag 4 Uhr ab im Garten **Kaffeekonzert.**
Im Saale von abds. 7 Uhr ab **Feiner Gesellschaftsball.**
Donnerstag, 11. August von nachmittag 4 Uhr ab **Kaffeekonzert.**
Empfehle ff. Kaffee u. Kuchen kalte und warme Speisen, ff. Weine, gutgepflegte Biere.
Es ladet ergebenst ein
Paul Graf.

Für die mir anläßlich meiner 50jährigen Tätigkeit bei der Firma Christian Gottlieb Wellner G. m. b. H. in Auerhammer dargebrachten Glückwünsche und Geschenke spreche ich den Herren Chefs, Beamten und Arbeitskollegen sowie sonstigen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank aus.

Hermann Friedrich,
Walzenmeister.
Aue (Mehnertstr. 43), 9. August 1921.

DAS
ADRESSBUCH
für den Bezirk d. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg
8 Städte: Aue, Elbenstock, Grünhain, Johanngeorgenstadt, Lössnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg.
50 Landgemeinden, 36 Gutsbezirke
ist erschienen.
Zum Preise von Mk. 40.- jederzeit vorrätig.
AUER DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H., AUE I. ERZGEBIRGE.

Schützenhaus Aue.
Mittwoch, den 10. August
GARTEN-KONZERT
der Orchester-Vereinigung.
Leitung: Herr Kapellmstr. Drechsel. — Vorzügl. Musikfolge.
Nach dem Konzert feiner Ball
nur für Konzertbesucher.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 2 Mk.
Geschäftsstelle: Ernst Papststraße 40. Fernsprecher 641.

Tauschermühle
Mittwoch, den 10. August, von 7 Uhr ab
Erstklassige Dielenmusik. **Sommernachts-Ball.** Nur neueste Tänze.

E. Steinbach's Tanzstunde
Zu meinem Mitte August beginnenden

Tanz-Unterrichts-Kursus
für alte und moderne Tänze

werden Anmeldungen im Hotel „Stadtpark" baldigst erbeten.
Ergebenst
E. Steinbach, Tanzlehrer.

Achtung! In Aue Achtung!
findet am Mittwoch, den 10. August, nachm. 3 Uhr im Gebäude der Fa. Joh. Schedlbauer, Färberstr., eine
Vorführung der neuen leicht transportablen Carbid-Schweißanlage
statt. Alle Interessenten werden hierzu höflichst eingeladen.
K. E. Stemmler, Beierfeld.

Achtung! Pianos!
Zur Ausführung von erstklassigen Reparaturen sowie Reinstimmungen (langjährige Fachkenntnis) an Flügel und Pianos nimmt Aufträge entgegen
Paul Friedrich, Klavierbauer,
Johanngeorgenstadt, Schwarzenberger Str. B 1 J.

Motten-Vulkan SCHO-MU

Verbürgt sichere Vernichtung der Motten nebst Brut überall verwendbar in Polstermöbeln, in Kleiderschränken, in Herrenzimmern, unter Polstermöbeln u. s. w.
Wirkung amtlich bestätigt.
Zu haben in allen Drogerien.
All. Fabr. Chemische Fabrik Köthen, Köthen-A.

Kautschuk-Stempel
für jeden Bedarf liefert
„Auer Tageblatt".

Dank.
Für die vielen wohltuenden Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen, Frau
Elisabeth Gräßel
geb. Purucker
und für den zahlreichen Blumenschmuck sagen wir Allen von nah und fern unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Beamten- und Arbeiterschaft des Secarewerks für ihr liebevolles Hilfswerk.
Der tieftrauernde Gatte
Hans Gräßel nebst Kindern
und allen übrigen Hinterbliebenen.
Aue, den 9. August 1921.

Beim Heimgange unseres treuesten und ältesten Mitgliedes
Frl. Erna Minna Hilbert
versammeln sich die Mitglieder des Jungfrauen- u. Tabea-Vereins sowie die Kindergottesdienst-Helferinnen morgen, Mittwoch, mittag ¾1 Uhr am Trauerhause, Moltkestr. 14, zum letzten Geleite.

Donnerstag, den 11. August 1921, vorm. 9 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts Aue
10 Kartons Schokolade u. 1 Kiste Limburger Käse
gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher.

Versteigerung.
Im Auftrage der Firma Ernst Gruner in Aue versteigere ich
Mittwoch, den 10. Aug. vormittag 8 Uhr
in deren Geschäftsräumen
ein 8 Wochen altes, starkes, kräftiges
Fohlen.
Lokalrichter Paul Georgi.

Wer leiht jung. strebsam. Mann sofort 500 Mark auf 2 Jahre? Gefl. Angeb. erb. unt. A. T. 5168 an d. Auer Tgbl.

Badeanzug und Badetuch
Nähe Blauer Engel gefunden worden. Abzuholen bei Rudolf Georgi, Pfarrstr. 20, 1.

Verloren
100 Mark
von einem Kassenboten vom Stadthaus bis z. Reichsbank. Gegen Belohnung abzugeben in d. Polizeiwache Aue.

Ausgekämmtes Frauenhaar
(Wirrhaar)
das Kilo 60 bis 80 Mark kauft
Walter Wappler, Damen- u. Herren-Frisier-Salon,
Ernst-Papststr. 2, gegenüb. Schocken. Fernruf 620.

Kräftige Ernte-Strohseile
liefert, auch schockweise, nach allen Stationen sofort
Futtermittelhandlung Rich. Bormann,
Falkenstein i. V. — Fernruf 585.

Sommersprossen Fort!!! durch einfaches Mittel.
Leidensgenossen gebe kostenlos Auskunft.
Frau M. Poloni, Hannover P 74, Schließfach 106.

Tüchtige Schlosser,
nicht unter 21 Jahren, welche Lust zum Auto-Fach haben, in dauernde Stellung gesucht. Nur erstklassige Leute wollen sich melden.
Sächsische Motorfahrzeuggesellschaft
Franck & Kettling,
Aue, Reichsstraße.

Tüchtigen Schlosser
für Eisenkonstruktion suchen
Butter & Haufe, G. m. b. H.,
Härteofen- und Maschinenfabrik.

Geübte
Oberhemden-Plätterinnen
sowie
eigensinnig. Heimarbeiterinnen
für unsere Stepperei sofort gesucht.
Klodt & Mildner
Wäschefabrik, Aue i. Erzgeb.

Gesucht
erfahrener bestempfohlener
Appretur-Maschinen-Ingenieur
tüchtiger Konstrukteur mit Praxis in Betriebsorganisationen von deutschböhmischer Maschinenfabrik zum baldmöglichsten Antritt gesucht. Nur Herren mit erfolgreicher langjähriger Tätigkeit und erstklassiger Referenzen wollen ihr Angebot mit Lichtbild und Gehaltsansprüchen unter „N. T. 1454" an Piras A. G. Reichenberg i. Böhmen richten.

Vornehme Existenz im Haupt- oder Nebenberuf!
Alte, vornehme Versicherungs-Ges., mit ganz neuen, den Zeitverhältnissen angepaßten Einrichtungen, beabsichtigt zur Erweiterung ihres großen Bestandes einige weitere Mitarbeiter im Haupt- oder Nebenberuf gegen höchste Bezüge anzustellen. Gegebenenfalls wird eine Generalagentur übertragen. Bewerbungsschr. auch von Fachleuten erb. u. B. G. 206 an Invalidenbank Leipzig.

Aelteres Schulmädchen
als Aufwartung
sofort gesucht.
Aue, Schwarzenberger Str. 9.

Kräftigen
Laufjungen,
nicht unter 12 Jahren, sucht Albin Gerber, Wettinerstr. 32.

Haararbeiten
jeder Art fertigen von einfachster bis feinster Ausführung
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Sofas u. Matratzen
werd. gut u. billig aufgepolstert.
Möbel-Schmidt
Albertstraße 6. Telephon 867.

Kleiner
Kinderwagen
zu verkaufen.
Zu erfr. im Auer Tageblatt.

1 Rasiermesser,
1 schwarzer harter Hut,
3 Tischtücher,
6 Servietten
preisw. zu verk. Wehrstr. 3, p.

Ein Sportwagen u. ein Korbgestell
gut erhalten, zu verkaufen.
Friedrich-August-Str. 25, 1.

Korb-
Kinderwagen
noch gut erhalten, zu verkaufen.
Färberstraße 2, 1 Tr. lks.

Eine neue
Küchen-Einrichtung,
Steilig, Eiche gestrichen, zu verkaufen. Zinnstraße 3.

2 jüng. Herren
suchen für sofort oder 1. September
möbl. Zimmer
mögl. mit voller Pension.
Angebote unter A. T. 5181 an an das Auer Tagebl. erbeten.